



## Niederschrift Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 11.12.2012
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Bürgersaal des Stadthauses
<b>Sitzungsnummer</b>	STV/020/12

---

- 1 Bericht des Magistrats
- 2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers
- 3 Festsetzung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer – Hebesatzsatzung-sowie Änderungsantrag der Fraktion GuD vom 27.11.2012 sowie Änderungsantrag der FWG-, SPD- und FDP-Fraktion vom 01.12.2012  
Vorlage: 0269/S/12
- 4 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der Schöfferstadt Gernsheim für den Zeitraum 2011-2016  
Vorlage: 0250/S/12
- 5 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2013  
Vorlage: 0251/S/12
- 6 Beratung und Beschlussfassung über das Haushaltssicherungskonzept 2013 der Schöfferstadt Gernsheim  
Vorlage: 0252/S/12
- 7 Kenntnisnahme des 1. Finanzberichts 2012 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO  
Vorlage: 0286/S/12
- 8 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;  
hier: Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Wohnanlage östlich der Ringstraße – 1. Abschnitt“  
Vorlage: 0247/S/12
- 9 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim  
3. Änderung des Bebauungsplans mit der Bezeichnung "Industriegebiet Nördlich der B 426" im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: 0275/S/12
- 10 Bürgerstiftung der Schöfferstadt Gernsheim  
Vorlage: 0279/S/12
- 11 LED Straßenbeleuchtung

- hier: Nutzung des KfW Programms "Energieeffiziente Stadtbeleuchtung"  
Antrag der CDU-Fraktion vom 30.10.2012  
Vorlage: 0261/S/12
- 12 Neuanlegung des Neurodhäuschens  
hier: Antrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim vom 11.11.2012  
Vorlage: 0276/S/12
- 13 Instandsetzung der Brücke des Langen Grabens in Klein-Rohrheim;  
hier: Antrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim vom 11.11.2012  
Vorlage: 0277/S/12
- 14 Erweiterung der Urnengräber auf dem Friedhof Allmendfeld  
hier: Prüfantrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Allmendfeld vom 15.11.2012  
sowie Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2012  
Vorlage: 0282/S/12
- 15 Ausstellung zum Volksaufstand in der ehemaligen DDR am 17. Juni 1953  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 15.11.2012  
Vorlage: 0284/S/12
- 16 Benutzungsordnung und Entgeltbestimmung für den Vortragsraum im  
Schöfferhaus, EG links, Schöfferplatz 1, Gernsheim  
Vorlage: 0265/S/12
- 17 Verwaltungskostensatzung der Schöfferstadt Gernsheim  
Vorlage: 0274/S/12
- 18 Fahrten zu einem Hallenbad  
hier: Prüfantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012  
Vorlage: 0294/S/12
- 19 Überarbeitung der Gebührensatzung für die Grillhütte  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012  
Vorlage: 0295/S/12
- 20 Überarbeitung der Gebührensatzung für die Stadthalle  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012  
Vorlage: 0296/S/12
- 21 Teilnahme Stadtbibliothek an "Onleihe"  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 30.10.2012  
Vorlage: 0262/S/12
- 22 Neufassung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung, ihre  
Ausschüsse und die Ortsbeiräte der Schöfferstadt Gernsheim  
Vorlage: 0298/S/12
- 23 Anfragen

**Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste**

### **Verlauf**

Herr stellv. Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Bolenz begrüßt alle Anwesenden,

ganz besonders Herrn Winter von der Presse und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Er teilt mit, dass Herr Stadtrat Wetzel sowie Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt krankheitsbedingt für die heutige Sitzung entschuldigt sind.

**Weiterhin teilt er folgendes mit:**

**1. Mandatsniederlegung Maritta Albrecht**

Frau Maritta Albrecht hat mit Schreiben vom 17.11.2012 ihr Mandat niedergelegt.

**2. Mandatsniederlegung Bastian Schäfer**

Herr Bastian Schäfer hat mit Schreiben vom 17.11.2012 sein Mandat niedergelegt.

**3. Mandatsniederlegung Rudolf Schmitt**

Herr Rudolf Schmitt hat mit Schreiben vom 03.12.2012 sein Mandat zum 31.12.2012 niederlegt.

Er begrüßt die beiden neuen Stadtverordneten Herrn Karl-Heinz Müller und Herrn Thomas Bornhofen.

**Zur vorgesehenen Tagesordnung gibt er noch folgende Hinweise:**

**1. Vorlage 0269/S/12 – Festsetzung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer - Hebesatzsatzung**

Zur Vorlage 0269/S/12 i. S. Festsetzung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer – Hebesatzsatzung wurde seitens der Fraktion GuD ein Änderungsantrag vom 27.11.2012 sowie ein gemeinsamer Antrag der FWG-, SPD- und FDP-Fraktion vom 01.12.2012 vorgelegt.

Gleichzeitig ist der in der Tagesordnung unter Punkt 5 Vorlage Nr. 251/S/12-02 enthaltene Punkt: Erhöhung der Grundsteuer A ebenfalls in diesem Zusammenhang mit zu behandeln; insoweit ist eine Änderung der Tagesordnung hierzu erforderlich. Auf Frage des Herrn stellv. Stadtverordnetenvorstehers Bolenz gibt es keine Einwendungen gegen diese Verfahrensweise.

**2. Antrag CDU-Fraktion i. S. Erweiterung Urnengräber, Vorlage 0282/S/12**

Zum Antrag der CDU-Fraktion vom 15.11.2012 i. S. Erweiterung der Urnengräber auf dem Allmendfelder Friedhof wurde seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein Ergänzungsantrag vom 15.11.2012 vorgelegt.

**3. Zum Tagesordnungspunkt 8 Satzung der Bürgerstiftung**

**Beschlussvorlage Nr. 0279/S/12** darf ich Sie auf eine ergänzende Tischvorlage verweisen, die Ihnen zugestellt wurde. **In dieser** ist nach der

erfolgten Mitteilung des Finanzamtes Darmstadt **der Punkt 3 des vorliegenden Beschlussvorschlages präzisiert worden.**

Weiterhin weise ich Sie darauf hin, dass die **Wahl des Vorstands der Bürgerstiftung-** , unter Vorlage Nr. **0280/S/12 in die Januar-Runde verschoben** wurde, um allen Fraktionen ausreichend Zeit für die Erstellung der Wahlvorschläge zu geben.

#### **4. Anträge zum Haushalt**

Durch die Verwaltung wurde eine Aufstellung mit allen eingegangenen Haushaltsanträgen erstellt, die Ihnen heute abend auf den Tischen verteilt wurde und die anschließend aufzurufen sind.

#### **Folgende Änderungsanträge wurden Ihnen ebenfalls auf den Tischen verteilt:**

- a) Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.12.2012 zur Vorlage 0251/S/12-01 i. S. Pauschale Kürzung der Sitzungsgelder
- b) Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 11.12.2012 zur Vorlage 0251/S/12-09 i. S. Zuschuss an Caritas.
- c) Ergänzungsantrag der STV Hillerich und Jung vom 11.12.2012 zur Vorlage 0251/S/12-04 Beförderung der Kindergartenkinder aus dem Stadtteil Allmendfeld

Die drei neuen Anträge sind mit den vorliegenden HH – Anträgen (siehe separate, ebenfalls heute als Tischvorlage verteilten Liste) zu beraten.

#### **Zu dem TOP 5 - Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit allen Anlagen ist folgendes mitzuteilen:**

Die Vorlage 0251/S/12-04 Einstellung Beförderung von Kindergartenkindern wurde aus der Liste der bisher einstimmig beschlossenen HH-Anträge herausgenommen , da in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Ergänzungsantrag der Stadtverordneten Hillerich und Jung vorgelegt und an alle STV verteilt wurde; dieser Antrag ist entsprechend noch zu behandeln.

Zu Top 15 der heutigen Sitzung – Neufassung der Geschäftsordnung – Vorlage Nr. 0298/S/12 wurde seitens der Fraktion GuD mit Mail vom 09.12.2012 darum gebeten, heute noch keine abschließende Beratung und Beschlussfassung in der STVV vorzunehmen, da noch Beratungsbedarf hierzu besteht.

Es wird darum gebeten, diesen Punkt auch in Anbetracht der umfangreichen heutigen Tagesordnung in die erste Sitzungsrunde 2013 zu verschieben.

Herr Bolenz frage daher an, ob einer Verschiebung des TOP 15 in die nächste Sitzungsrunde Januar/Februar 2013 zugestimmt wird.

#### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : --  
Enthaltung : -

Zum Schluss seiner Einführungen gibt Herr stellv. Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Bolenz noch einen organisatorischen Hinweis : Durch die Herren Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt und Bürgermeister Burger wird im Anschluss an diese Sitzung um 22.00 Uhr in die Stadthalle eingeladen.

## **1 Bericht des Magistrats**

Der Bericht des Magistrats wird aufgrund der umfangreichen Tagesordnung dem Protokoll als Anlage beigefügt.

## **2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers**

Der Bericht des Stadtverordnetenvorstehers Manfred Schmitt entfällt heute, da dieser erkrankt ist.

## **3 Festsetzung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer – Hebesatzsatzung-sowie Änderungsantrag der Fraktion GuD vom 27.11.2012 sowie Änderungsantrag der FWG-, SPD- und FDP-Fraktion vom 01.12.2012 Vorlage: 0269/S/12**

Zur Vorlage Festsetzung der Steuerhebesätze für Grund- und Gewerbesteuer – Hebesatzsatzung- wird seitens der Fraktion GuD folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:  
Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird in Gernsheim von 360 v.H. auf 370 v.H. ab dem 01.01.2013 festgesetzt. Die Vorlage-Nr. 0269/S112 sowie § 1 der Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer wird angepasst.

Des weiteren wird seitens der FWG-, SPD- und FDP-Fraktion folgender weiterer Änderungsantrag vorgelegt.

Die Stadtverordneten der Fraktionen FWG und SPD sowie der FDP bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Im vorliegenden Satzungsentwurf über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer sind folgende Punkte zu ändern:

### **§1**

Der Hebesatz für die Grundsteuer auf Grundstücke (Grundsteuer B) ist in einer

Höhe von **270** v.H. festzusetzen.

§ 2 (redaktionell)

Die vorstehenden Hebesätze gelten **ab dem** Haushaltsjahr 2013

Weiterhin wird seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgender Antrag zum Haushalt 2013 vorgelegt (0251/S/12-02)

Antrag zum HH 2013; Erhöhung der Grundsteuer A

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Grundsteuer A zum 1.1 2013 von derzeit 320 v.H. auf 360 v.H zu erhöhen.

Zur Vorlage Festsetzung der Steuerhebesätze für Grund- und Gewerbesteuer – Hebesatzsatzung- wird seitens der Fraktion GuD folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird in Gernsheim von 360 v.H. auf 370 v.H. ab dem 01.01.2013 festgesetzt. Die Vorlage-Nr. 0269/S112 sowie § 1 der Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer wird angepasst.

Des weiteren wird seitens der FWG-, SPD- und FDP-Fraktion folgender weiterer Änderungsantrag vorgelegt.

Die Stadtverordneten der Fraktionen FWG und SPD sowie der FDP bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Im vorliegenden Satzungsentwurf über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer sind folgende Punkte zu ändern:

§1

Der Hebesatz für die Grundsteuer auf Grundstücke (Grundsteuer B) ist in einer Höhe von **270** v.H. festzusetzen.

§ 2 (redaktionell)

Die vorstehenden Hebesätze gelten **ab dem** Haushaltsjahr 2013

Weiterhin wird seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesbezüglich folgender Antrag zum Haushalt 2013 vorgelegt (0251/S/12-02)

Antrag zum HH 2013; Erhöhung der Grundsteuer A

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Grundsteuer A zum 1.1 2013 von derzeit 320 v.H. auf 360 v.H zu erhöhen.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den geänderten Antrag zum Haushalt 0251/S/12-02 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen i. S. Grundsteuer A: Zustimmung**

Ja-Stimmen 28 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 GuD, 4 SPD, 2 FWG,  
1 FDP)  
Nein-Stimmen :--  
Enthaltung : 1 (GuD)

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Änderungsantrag zur Vorlage  
0269/S/12 i. S. Gewerbesteuer der Fraktion GuD: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 17 (5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 GuD, 4 SPD, 2 FWG, 1 FDP)  
Nein-Stimmen : 12 (CDU)  
Enthaltung : -

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Änderungsantrag der FWG-, SPD- und  
FDP-Fraktion i. S. Grundsteuer B : Durch Antragsteller zurückgezogen**

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über geänderte Vorlage 0269/S/12: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 17 (5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 GuD, 4 SPD, 2 FWG, 1 FDP)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 12 (CDU)

**Zu Punkt 4 + 5 Investitionsprogramm und Haushalt 2013**

**Pauschale Kürzung der Sitzungsgelder von Magistrat,  
Stadtverordnetenversammlung und Ortsbeiräten  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012  
Vorlage: 0251/S/12-01**

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Sitzungsgelder der Stadträte, Stadtverordneten und Ortsbeiratsmitglieder werden vor der vierteljährlichen Auszahlung pauschal um 25% gekürzt. Diese Regelung gilt solange die Schöfferstadt Gernsheim keinen ausgeglichenen Haushalt erzielt. Eine Aufhebung der Kürzung bedarf des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung.

Des weiteren wird seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Datum 10.12.2012 folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Sitzungsgelder der Stadträte,

Stadtverordneten und Ortsbeiratsmitglieder werden um 25% gekürzt. Die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätige ist in der ersten Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2013 entsprechend zu ändern. Diese Regelung gilt solange die Schöfferstadt Gernsheim keinen ausgeglichenen Haushalt erzielt. Eine Aufhebung der Kürzung bedarf des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung bzw. eine Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätige.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 5 (Bündnis 90/Die Grünen)  
Nein-Stimmen : 24 (12 CDU, 4 SPD, 5 GuD, 2 FWG, 1 FDP)  
Enthaltung : -

### **Reduzierung der Sitzungsgelder, sonstige Sachaufwendungen hier: Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2012 Vorlage: 0251/S/12-01.1**

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Analog der bereits eingearbeiteten Reduzierung der HH-Mittel gegenüber dem HH-Ansatz 2012 von 10% im Bereich der Verfügungsmittel für den Herrn Bürgermeister und den Herrn Stadtverordnetenvorsteher sind die (kurz genannt) Sitzungsgelder und Mittel für sonstige Sachaufwendungen ebenfalls um 10% zu kürzen. Dies schließt die pauschalierten Zuwendung für die Fraktionen ein (Fraktionszuschüsse).

Ersparnis rd. 9.000,--€

Des weiteren wird seitens der CDU-Fraktion folgender Ergänzungsantrag vorgelegt:

In Ergänzung des vorgenannten Antrages der CDU-Fraktion vom 21.11.2012 wird im Hinblick auf die angestrebte Reduzierung der Haushaltsmittel im Bereich der Verfügungsmittel sowie der Sitzungsgelder und Mittel für sonstige Sachaufwendungen beantragt, die bestehende Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige der Stadt Gernsheim vom 09.02.1995 sowie der dazu ergangenen Änderungssatzungen vom 10.02.1998 und 12.12.2001 zu überarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung baldigst eine abschließende Beschlussvorlage zuzuleiten, die die beabsichtigte Kürzung der Sitzungsgelder etc. um 10 % beinhaltet.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Antrag der CDU-Fraktion zu 1:**

## **Zustimmung**

Ja-Stimmen : 24 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 4 GuD, 2 FWG,  
1 FDP)  
Nein-Stimmen : 5 (GuD)  
Enthaltung : -

## **ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 24 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 4 GuD, 2 FWG,  
1 FDP)  
Nein-Stimmen : 5 (GuD)  
Enthaltung : -

## **Erhöhung der Grundsteuer A**

**hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012**

**Vorlage: 0251/S/12-02**

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

### **Antrag zum HH 2013; Erhöhung der Grundsteuer A**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Grundsteuer A zum 1.1 2013 von derzeit 320 v.H. auf 360 v.H zu erhöhen.

## **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 28 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 GuD, 4 SPD, 2 FWG,  
1 FDP)  
Nein-Stimmen : --  
Enthaltung : 1 (GuD)

## **Produkt 28103 Städtepartnerschaften - Reduzierung des Budgets der Teilpositionen 13 und 15**

**hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012**

**Vorlage: 0251/S/12-03**

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Haushalt 2013: Produkt 28103 Städtepartnerschaften

Im Teilergebnishaushalt Produkt 28103 Städtepartnerschaften wird das Budget der Teilpositionen 13 und 15 von 23.850 € auf 20.000 € reduziert.

## **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 5 (Bündnis 90/Die Grünen)  
Nein-Stimmen : 24 (12 CDU, 5 GuD, 4 SPD, 2 FWG, 1 FDP)  
Enthaltung : -

### **Einstellung der Beförderung von Kindergartenkindern hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012 Vorlage: 0251/S/12-04**

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vom 21.11.2012 vorgelegt:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Einstellung der Beförderung von Kindergartenkindern, sowie der Zuschüsse für die Beförderung von Kindergartenkindern aus den Stadtteilen Allmendfeld und Klein-Rohrheim zum 31.03.2013. Die im Haushalt 2013 veranschlagten Mittel sind um 75% zu kürzen

Des weiteren wird seitens der Stadtverordneten Jan Hillerich und Gerhard Jung folgender Ergänzungsantrag vom 11.12.2012 vorgelegt:

#### **Beschluss:**

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird gebeten an der Dietrich-Bonhoeffer-Kindertagesstätte ab dem 01.04.2012 einen zusätzlichen Haltepunkt im AST-System einzurichten, damit die Kindergartenkinder dort gefahrlos aus dem Bus aussteigen können, möglicherweise dann auch dort wieder einsteigen können. Die Kosten für die Einrichtung dieses Haltepunktes und der Zuschussbedarf für diesen zusätzlichen Linienverkehr sind durch den .HH-Ansatz, Produkt 54701, Teilposition 13 gedeckt, Darüber hinaus haben die Erziehungsberechtigten die Aufsichtspflicht über ihre zu transportierenden Kindergartenkinder für die Dauer des Transports dem Unternehmer, der den Linienverkehr betreibt, zu übertragen. Ab dem Haltepunkt Dietrich-Bonhoeffer-Kindertagesstätte greift die Aufsichtspflicht des Personals der KITA.

## **ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 15 (10 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen)  
Nein-Stimmen : 12 (5 GuD, 4 SPD, 2 FWG, 1 FDP)  
Enthaltung : 2 (CDU)

## **ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Ergänzungsantrag der Stadtverordneten Jan Hillerich und Gerhard Jung: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 28 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 4 GuD, 2 FWG,  
1 FDP)  
Nein-Stimmen : --1 (GuD)  
Enthaltung : -

**Seniorenbetreuung: hier: Seniorenfahrten und Seniorenfeiern  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012  
Vorlage: 0251/S/12-05**

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vom 21.11.2012 vorgelegt:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Mittel für die Seniorenfahrten und Seniorenfeiern von derzeit 19.350,00 € auf 10.000,00 € zu reduzieren. Zukünftig finden Seniorenfeier (Fischerfest) und Seniorenfahrt jährlich im Wechsel statt.

Des weiteren wird seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.12.2012 folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Mittel für die Seniorenfahrten und Seniorenfeiern von derzeit 19.350,00 € auf 10.000,00 € zu reduzieren. Zukünftig finden die Seniorenfeier am Fischerfest jährlich und die Seniorenfahrt im zweijährigen Rhythmus statt.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 28 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 GuD, 4 SPD, 2 FWG,  
1 FDP)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 1 (GuD)

**Seniorenbetreuung; hier Weihnachtsfeier  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012  
Vorlage: 0251/S/12-06**

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Mittel für die Weihnachtsfeier

der Senioren von derzeit 9.450,00 € Ansatz 2013 auf 6.000,00 € zu reduzieren. Gleichzeitig wird der Magistrat beauftragt, ein neues Konzept für die vorweihnachtliche Feier der Senioren zu erarbeiten. Hierbei ist insbesondere der Wegfall der Weihnachtspäckchen mit ins Auge zu fassen.

Im Rahmen der Aussprache im Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales am 04.12.2012 wird auf Anraten der CDU-Fraktion der zweite Satz des Antrags durch den Antragsteller gestrichen. Der Beschluss lautet nun wie folgt:

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Mittel für die Weihnachtsfeier der Senioren von derzeit 9.450,00 € Ansatz 2013 auf 6.000,00 € zu reduzieren. Hierbei ist insbesondere der Wegfall der Weihnachtspäckchen mit ins Auge zu fassen.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 28 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 4 GuD, 2 FWG, 1 FDP)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 1 (GuD)

**Gebäudemanagement; Kiosk Badesees**  
**hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012**  
**Vorlage: 0251/S/12-07**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die veranschlagten Mittel 2013 in Höhe von 40.000 € sowie die zu übertragenden Mittel in Höhe von 30.000 € aus 2012 werden unter einen Sperrvermerk gestellt. Zur Freigabe bedarf es einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung.

Dieser Antrag wird seitens der Antragsteller zurückgezogen.

**Zuschüsse zur Unterstützung Gernsheimer Schulen**  
**hier: Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2012**  
**Vorlage: 0251/S/12-08**

**BESCHLUSS:**

Analog zu den bereits in den HH-Plan - 2013 eingearbeiteten Reduzierungen von Zuschüssen diverser Art von rd. 10% gegenüber dem HH-Ansatz für 2012 ist auch diese freiwillige Leistung in Höhe von 2.048,-- € um 10% zu kürzen. Die mögliche Ersparnis beträgt rd. 200, --€

Dieser Antrag wird seitens der Antragsteller zurückgezogen.

**Zuschuss an Caritas**

**hier: Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2012**

**Vorlage: 0251/S/12-09**

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

**Beschluss:**

Analog zu den bereits in den HH-Plan-E 2013 eingearbeiteten Reduzierungen von Zuschüssen diverser Art von rd. 10% gegenüber dem HH-Ansatz für 2012 ist auch diese freiwillige Leistung in Höhe von 70.000,-- € um 10% zu kürzen.

**mögliche Ersparnis rd. 7.000, --€**

Des weiteren wird seitens der CDU-Fraktion folgender Änderungsantrag vorgelegt:

**Beschluss:**

Die CDU-Fraktion ändert ihren ursprünglichen Antrag wie folgt:

Mit einem Sperrvermerk werden 10% der freiwilligen Leistungen der Schöfferstadt Gernsheim in Höhe von 70.000,--€ belegt.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Änderungsantrag zum Sperrvermerk der CDU-Fraktion: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 12 (CDU)

Nein-Stimmen : 17 (5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 4 GuD, 2 FWG, 1 FDP)

Enthaltung : -

**Erneuerung Vorbühnenbeleuchtung Stadthalle**

**hier: Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2012**

**Vorlage: 0251/S/12-10**

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der HH-Ansatz wird gestrichen und in das Investitionsprogramm für das HH-Jahr 2017 oder 2018 aufgenommen.

**Ersparnis: 35.000,-- €**

Dieser Antrag wurde seitens des Antragstellers im Bauausschuss am 03.12.2012 zurückgezogen.

**Zuschüsse an Vereine für deren investive Maßnahmen  
hier: Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2012  
Vorlage: 0251/S/12-11**

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

**Beschluss:**

Die Zuschüsse an Vereine für deren investive Maßnahmen werden gedeckelt. Im Einzelfall können investive Kosten - wie bislang - zu max. 30% bezuschusst werden, der Höchstbetrag pro bezuschussungsfähiger Maßnahme beträgt jedoch 5.000,--€.

Des weiteren wird seitens der FWG-, SPD- und FDP-Fraktion folgender Ergänzungsantrag vom 30.11.2012 vorgelegt:

Die Stadtverordneten der Fraktionen FWG und SPD sowie der FDP bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

**Beschluss:**

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage 251/S/12 wird um den Satz

**- In besonderen Ausnahmefällen kann die Stadtverordnetenversammlung die Höchstgrenze von 5 000.- Euro aufheben –**

ergänzt.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den CDU-Antrag: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Ergänzungsantrag der FWG-, SPD- und FDP-Fraktion : Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

**Hallenbad Gernsheim, Präzisierung der Aufhebung des Sperrvermerks für Abrisskosten**

**hier: Antrag der Fraktion GuD vom 27.11.2012**

**Vorlage: 0251/S/12-12**

Seitens der Fraktion GuD wird folgender Antrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

**Beschluss:**

Der haushaltsrechtliche Sperrvermerk zur Freigabe von Abrisskosten für das Hallenbad Gernsheim (Produkt 42401) wird wie folgt mit entsprechenden Kriterien durch die Stadtverordnetenversammlung konkretisiert:

1. Das verwaltungsrechtlich Gerichtsurteil zum Bürgerbegehren Hallenbad Gernsheim liegt vor.
2. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich wie beschlossen zum Betrieb eines Hallenbades in Gernsheim.
3. Ein Finanzierungs- und Betriebskonzept für ein neues Hallenbad muss vor Freigabe der Abrisskosten vorliegen und beschlossen werden. Erst danach ist der Sperrvermerk durch die Stadtverordnetenversammlung aufzuheben.
4. Das heutige Gelände des Hallenbades wird für ein neues Hallenbad reserviert; keine Verwendung für Wohn-, Gewerbe und anderweitige Bebauung.
5. Absehbare Gewinne aus geplanten Grundstücksverkäufen sollen für die Finanzierung der Investition für ein Gernsheimer Hallenbad eingeplant werden.

Im Rahmen der Aussprache beantragt Herr Deboy für die SPD-Fraktion über die Ziffern 1. bis 5. getrennt abzustimmen.

Herr Weckerle bittet für die Fraktion GuD darum, die Ziffern 1. bis 5. en bloc abzustimmen.

Herr Kaspar teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag in allen Punkten ablehnen wird. Erst müsse das Urteil des Verwaltungsgerichts abgewartet und dann neu entschieden werden.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 6 (5 GuD, 1 FDP)  
Nein-Stimmen : 23 (12 CUD, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 2 FWG)  
Enthaltung : -

**Kommunale Energieprojektberater**  
**hier: Antrag der Fraktion GuD vom 27.11.2012**  
**Vorlage: 0251/S/12-13**

Seitens der Fraktion GuD wird folgender Antrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

**Beschluss:**

1. Zur zügigen Unterstützung und Effizienzsteigerung bei der Planung und Ausführung von Energieprojekten sucht der Magistrat der Schöffersstadt

Gernsheim einem geeignete/n Mitarbeiterin / Mitarbeiter und ermöglicht ihr/ihm die

Teilnahme an einem entsprechenden Zertifikationslehrgang. Die Kompetenz dieses Mitarbeiters ist intern bei allen relevanten Planungen der Stadtverwaltung

einzusetzen und zu berücksichtigen.

2. Für die Zertifizierungsmaßnahme werden 4.000 Euro im Teilergebnishaushalt, Produkt 51101 (Bauamt - Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen) eingestellt.
3. Die Deckung ist durch die Einstellung von 4.000 Euro für Einnahmen aus der Stromproduktion des Block-Heiz-Kraftwerkes (BHKW) in der Stadthalle gewährleistet. Im Teilergebnishaushalt Produkt 11108 (Gebäudemanagement) werden Einnahmen für Stromproduktion in Höhe von 4.000 Euro eingestellt.

Dieser Antrag wird seitens der Antragsteller nach der Zusage des Bürgermeisters, dass die zuständige Sachbearbeiterin bereit sei, an einem entsprechenden Zertifikationslehrgang teilzunehmen, zurückgezogen.

**Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission  
hier: Antrag der Fraktion GuD vom 27.11.2012  
Vorlage: 0251/S/12-14**

Seitens der Fraktion GuD wird folgender Antrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

1. Zur nachhaltigen Sanierung des Gernsheimer Haushalts wird eine Haushaltsstrukturkommission der Stadt Gernsheim eingerichtet.
2. Diese Strukturkommission erarbeitet im Vorfeld der nächsten Haushaltsplanung Vorschläge zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung. Die personelle Besetzung der Haushaltsstrukturkommission kann beispielhaft wie folgt vorgenommen werden: Je ein Mitglied der Fraktionen, der Bürgermeister, Mitglieder des Magistrats, Sachverständige der Finanzverwaltung und mindestens ein Mitglied des Personalrates.
3. Die Kommission arbeitet befristet, bis zur erkennbaren Sanierung des Gernsheimer Haushaltes. Die Sitzungen finden nicht öffentlich statt.

Herr Bürgermeister Burger weist darauf hin, dass nach § 72 HGO eine Magistratskommission alleine vom Magistrat eingesetzt werden kann.

Im Rahmen der Aussprache beantragt Herr Weckerle für die Fraktion GuD daraufhin, das Wort „Haushaltsstrukturkommission“ in „Haushaltsstruktur-Arbeitskreis“ zu ändern. Der letzte Satz in Ziffer 3. ist zu streichen.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 5 (GuD)  
Nein-Stimmen : 24 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 2 FWG, 1 FDP)  
Enthaltung : -

**Konzeptentwicklung Kiosk Badesees**  
**hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012**  
**Vorlage: 0251/S/12-15**

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

**BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, vor der Freigabe der Haushaltsmittel aus 2012 und 2013 (Summe 70 000,00 €) ein Konzept für die Zukunft der Gebäude am Badesees zu erstellen.

Dieser Antrag wird seitens der Antragsteller zurückgezogen.

**4 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der Schöfferstadt Gernsheim für den Zeitraum 2011-2016**  
**Vorlage: 0250/S/12**

**BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt das beigefügte Investitionsprogramm für die Jahre 2011–2016.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 24 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 2 FWG, 1 FDP)  
Nein-Stimmen : 2 (GuD)  
Enthaltung : 3 (GuD)

**5 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2013**  
**Vorlage: 0251/S/12**

**BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die vorliegende Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2013.

**§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 wird

im **Ergebnishaushalt**

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der *Erträge* auf **22.314.642 EUR**  
mit dem Gesamtbetrag der *Aufwendungen* auf (-) **24.099.258 EUR**

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der *Erträge* auf **0 EUR**  
mit dem Gesamtbetrag der *Aufwendungen* auf (-) **0 EUR**

mit einem **Fehlbedarf** von (-) **1.784.616 EUR**

im **Finanzhaushalt**

mit dem Saldo aus den *Einzahlungen und Auszahlungen*  
aus laufender Verwaltungstätigkeit auf (-) **320.423 EUR**

und dem Gesamtbetrag der

*Einzahlungen* aus Investitionstätigkeit auf **2.035.512 EUR**  
*Auszahlungen* aus Investitionstätigkeit auf (-) **5.631.150 EUR**  
mit einem Saldo von (-) **3.595.638 EUR**

*Einzahlungen* aus Finanzierungstätigkeit auf **4.725.000 EUR**  
*Auszahlungen* aus Finanzierungstätigkeit auf (-) **1.904.800 EUR**  
mit einem Saldo von **2.820.200 EUR**

mit einem **Zahlungsmittelbedarf** des  
Haushaltsjahres von (-) **1.095.861 EUR**  
festgesetzt.

**§ 2**

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2013 zur  
Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen  
erforderlich ist, wird auf **3.500.000 EUR**  
festgesetzt.

**§ 3**

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen** im Haushaltsjahr 2013  
zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und  
Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf **2.650.000 EUR**  
festgesetzt.

**§ 4**

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2013 zur

rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen,  
wird auf **5.000.000 EUR**  
festgesetzt.

## § 5

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2013  
wie folgt festgesetzt:

### 1. Grundsteuer

- a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe  
(Grundsteuer A) auf **320 v. H.**
- b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf **290 v. H.**

2. Gewerbesteuer auf **360 v. H.**

## § 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans  
beschlossene Stellenplan.

## § 7

Die Stadtverordnetenversammlung überträgt an den Magistrat die  
Einzelentscheidung über die Aufnahme der in der Haushaltssatzung  
festgesetzten Kredite bzw. die Umschuldungen gemäß § 50 der Hessischen  
Gemeindeordnung.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 24 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 2 FWG, 1 FDP)  
Nein-Stimmen : 5 (GuD)  
Enthaltung : -

## **6 Beratung und Beschlussfassung über das Haushaltssicherungskonzept 2013 der Schöfferstadt Gernsheim Vorlage: 0252/S/12**

### **BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt das  
beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2013.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 24 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 2 FWG, 1 FDP)  
Nein-Stimmen : 1 (GuD)  
Enthaltung : 4 (GuD)

**7 Kenntnisnahme des 1. Finanzberichts 2012 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO  
Vorlage: 0286/S/12**

**BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 1. Finanzbericht 2012 vom 16.11.2012 zum Buchungsstand 01.11.2012 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO zur Kenntnis.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zur Kenntnis genommen**

**8 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;  
hier: Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Wohnanlage  
östlich der Ringstraße – 1. Abschnitt“  
Vorlage: 0247/S/12**

**BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt den Magistrat, den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Wohnanlage östlich der Ringstraße – 1. Abschnitt“ als Grundlage der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit (§ 3 Absatz 1 BauGB) mit einer dreiwöchigen Auslegung der Planunterlagen zur Äußerung und Erörterung sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Absatz 1 BauGB) zu verwenden.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 28 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 4 GuD, 2 FWG,  
1 FDP)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 1 (GuD)

**9 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim  
3. Änderung des Bebauungsplans mit der Bezeichnung "Industriegebiet  
Nördlich der B 426" im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch  
(BauGB)  
Vorlage: 0275/S/12**

- a) Beratung und Beschlussfassungen über die im Rahmen der öffentlichen Entwurfsauslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen bzw. Stellungnahmen,
- b) Beschlussfassung der Bebauungsplanänderung als Satzung gem. § 5 HGO und 10 BauGB

## **BESCHLUSS:**

### **Beschlussfassungen zu a:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt davon Kenntnis, dass während der öffentlichen Entwurfsauslegung in der Zeit vom 01. Oktober 2012 bis zum 01. November 2012 keine Anregungen seitens der Öffentlichkeit vorgebracht wurden.

### **Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB**

#### **1. Kreisausschuss des Kreises Groß Gerau, Stellungnahme vom 15.10.12**

Auszug: Es bestehen seitens der Regionalentwicklung und Bauaufsicht keine Bedenken zur geplanten Änderung der Straße. Wir raten aus gestalterischen Gründen zur Verkürzung der neuen Stichstraße um wenige Meter, damit die vorgesehene Eingrünung mit Baumreihe auch in diesem Bereich durchgängig ausgeführt werden kann. Bei Einrichtung und Benutzung des südlichen Wendehammers in die Marie-Curie-Straße sind Beeinträchtigungen des Verkehrs, z.B. durch Blendungen auf der B 44, durch entsprechende Maßnahmen auszuschließen.

#### **Beschluss:**

Die Planung zum Endausbau der Marie-Curie-Straße wurde im Vorfeld mit dem Straßenbaulastträger der angrenzenden B 44 abgestimmt. Darauf hin wurde der vorgesehene Wendekreis nach der Richtlinie für passive Schutzeinrichtungen (RPS) bereits zurück genommen. Mit der ausgearbeiteten Planung soll eine optimale Erschließung der angrenzenden Industriegrundstücke durch die öffentliche Verkehrsanlage zur Gewährleistung einer best möglichen baulichen Ausnutzung der überbaubaren Flächen erreicht werden. Einer weiteren Verkürzung der Straße aus gestalterischen Gründen bedarf es nicht.

#### **2. Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement Darmstadt, Stellungnahme vom 20.9.12**

Auszug: Zu den Festsetzungen des Bebauungsplans nehmen wir wie folgt Stellung: Im Hinblick auf die Lage des Gebietes in unmittelbarer Nähe zweier stark befahrener Straßen ist die allgemeine Zulässigkeit der Nebenanlagen auf a) die Errichtung von Nebenanlagen gem. § 14 Abs. 2 BauNVO (Baunutzungsverordnung) und b) befestigten Verkehrsflächen und Parkplätze zu beschränken. Der Abstand zwischen den o.g. Anlagen und dem befestigten

Fahrbahnrand der B 44 und der B 426 darf den Mindestabstand von 10 m nicht unterschreiten. Die Errichtung von Werbeanlagen in der Bauverbotszone von 20 m ist ausdrücklich ausgeschlossen. Die Blendung und Ablenkung des Verkehrs auf der B 44 und der B 426 ist durch einen wirksamen Blend- und Sichtschutz (z.B. in Form einer dichten Bepflanzung) auszuschließen, sofern er erforderlich ist. Die Zulässigkeit weiterer Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO kann nur im Einzelfall geprüft werden. Die textlichen Festsetzungen bitten wir entsprechend zu ändern. Bei den für das Bauvorhaben notwendigen Erdarbeiten ist die Standsicherheit des Straßenkörpers der B 44 und der B 426 zu gewährleisten. Die Sichtdreiecke der einmündenden Straßen in die B 44 sind freizuhalten. Wir bitten die geplante Bepflanzung dem entsprechend zu ändern. Das Plangebiet liegt an einer lärmbelasteten klassifizierten Straße. Forderungen gegen die Straßenbauverwaltung auf aktive Lärmschutzmaßnahmen oder Erstattung von passiven Lärmschutzmaßnahmen sind ausgeschlossen. Sollten sich früher oder später aufgrund der Ausweisung des Gebietes zusätzliche verkehrliche Auswirkungen auf Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen ergeben, sind die Folgekosten für evtl. Änderungen auf den Straßen des überörtlichen Verkehrs (z.B. Änderung von Einmündungen) von der Stadt zu übernehmen.

#### **Beschluss:**

Die Planung zur Verlängerung der Marie-Curie-Straße wurde im Vorfeld mit dem Straßen- und Verkehrsmanagement bei Hessen Mobil abgestimmt. Die weiteren Hinweise werden beachtet. Im Übrigen ist Gegenstand der Planänderung ausschließlich die Verlängerung der Marie-Curie-Straße als öffentliche Verkehrsanlage für den Endausbau. Allein darauf hat sich eine mögliche Stellungnahme von Trägern öffentlicher Belange zu konzentrieren. Weitergehende Festsetzungen bzw. Änderung der seitherigen Planinhalte beinhaltet das Verfahren nicht. Insbesondere verfolgt die Stadt mit der vereinfachten Änderung keinen Regelungsbedarf zu Nebenanlagen. Die Freihaltung der Sichtdreiecke der einmündenden Straße in die B 44 wird gewährleistet. Eine Änderung der Planung bedarf es hierfür nicht. Die zeichnerische Darstellung der Pflanzfestsetzungen ist Gebiets bezogen, jedoch nicht Parzellen genau zu sehen.

#### **Beschlussfassung zu b:**

Nachdem der Entwurf zur 3. Änderung des Bebauungsplans „Industriegebiet Nördlich der B 426“ mit Begründung öffentlich ausgelegt hat und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange angehört wurden, über deren Stellungnahmen die Stadtverordnetenversammlung entschieden hat, wird der vorliegende Entwurf des Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Industriegebiet nördlich der B 426 – 3. Änderung“ als Satzung gemäß § 5 HGO und § 10 BauGB beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wird angenommen

#### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 28 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 4 GuD, 2 FWG, 1 FDP)

Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 1 (GuD)

**10 Bürgerstiftung der Schöfferstadt Gernsheim**  
**Vorlage: 0279/S/12**

Zur Stadtverordnetenvorlage Nr. 0279/S/12 – Bürgerstiftung der Schöfferstadt Gernsheim wurde vor der Beschlussfassung eine ergänzende Tischvorlage an alle Stadtverordneten ausgehändigt.

Diese lautet:

Im Beschlussvorschlag zur Begründung der Bürgerstiftung der Schöfferstadt Gernsheim ist die unter Punkt 3 des Beschlusses gemachte Formulierung zu präzisieren.

Der Beschlussvorschlag lautet nun wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der am 26.11.2012 durch Schreiben des Finanzamts erfolgten Mitteilung, dass gegen den mit Schreiben vom 19.11.2012 vorgelegten Satzungsentwurf (Stand 19.11.2012) im Hinblick auf die satzungsmäßigen Voraussetzungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit keine Bedenken bestehen, Kenntnis. Nach der vom Regierungspräsidium auszusprechenden Anerkennung der Stiftung können die Anerkennung der Gemeinnützigkeit und die Ausstellung einer vorläufigen Bescheinigung hierzu erfolgen.

**BESCHLUSS:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung der Bürgerstiftung der Schöfferstadt Gernsheim (Stand: 05.11.2012) als Endfassung und nimmt davon Kenntnis, dass die „rot“ kenntlich gemachten Veränderungen aufgrund der juristischen Prüfung des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Anerkennung der Rechtsfähigkeit erfolgt sind.
2. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der gemäß § 81 des Bürgerlichen Gesetzbuches erforderlichen Begründung des Stiftungsgeschäfts zu, damit die erforderliche rechtswirksame Anerkennung der Bürgerstiftung bei dem Regierungspräsidium Darmstadt erlangt werden kann.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der am 26.11.2012 durch Schreiben des Finanzamts erfolgten Mitteilung, dass gegen den mit Schreiben vom 19.11.2012 vorgelegten Satzungsentwurf (Stand 19.11.2012) im Hinblick auf die satzungsmäßigen Voraussetzungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit keine Bedenken bestehen, Kenntnis. Nach der vom

Regierungspräsidium auszusprechenden Anerkennung der Stiftung können die Anerkennung der Gemeinnützigkeit und die Ausstellung einer vorläufigen Bescheinigung hierzu erfolgen

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 28 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 4 GuD, 2 FWG, 1 FDP)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 1 (GuD)

**11 LED Straßenbeleuchtung  
hier: Nutzung des KfW Programms "Energieeffiziente Stadtbeleuchtung"  
Antrag der CDU-Fraktion vom 30.10.2012  
Vorlage: 0261/S/12**

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beauftragt den Magistrat, er möge sich um einen Kredit aus dem Programm „Energieeffiziente Straßenbeleuchtung“ der Bundesförderbank KfW bemühen, der einen niedrigen Zinssatz hat und in den ersten beiden Jahren tilgungsfrei ist.

Laut FAZ vom 06.10.12 will die Kurstadt Bad Homburg in den nächsten zwei Jahren ihre Straßenlaternen auf umweltfreundliche LED Technik umrüsten. Das dortige Projekt soll außerdem, wie auch bereits von Bürgermeister Burger für Gernsheim vorgeschlagen, für eine Förderung durch das Bundesumweltministerium angemeldet werden, das bis zu einem Viertel der Kosten übernehmen könnte.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 28 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 4 GuD, 2 FWG, 1 FDP)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 1 (GuD)

Der Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 02.12.2012 sowie der Änderungsantrag der FWG-, SPD- und FDP-Fraktion vom 01.12.2012 wurde nach den Ausführungen durch Herrn Bürgermeister Burger im Haupt- und Finanzausschuss am 04.12.2012 zurückgezogen.



Ergänzungsantrag vorgelegt:

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen bittet den Antragstext wie folgt zu ergänzen:

Im Rahmen der Prüfung zur Erweiterung der Urnengräber auf dem Allmendfelder Friedhof ist der gesamte Allmendfelder Waldfriedhof hinsichtlich einer zukünftigen Entwicklung zu untersuchen. Hierbei sind im Besonderen die vorhandenen/zukünftigen Lücken in den Reihengräbern zu beachten. Der vorhandene Baumbestand (Kiefern und Lärchen) ist auf seine Standsicherheit zu überprüfen. Ferner ist die Möglichkeit alternativer Begräbnisformen zu berücksichtigen.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Antrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Allmendfeld : Zustimmung**

Ja-Stimmen : 28 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 4 GuD, 2  
FWG,  
1 FDP)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 1 (GuD)

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 28 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 4 GuD, 2  
FWG,  
1 FDP)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 1 (GuD)

- 15 Ausstellung zum Volksaufstand in der ehemaligen DDR am 17. Juni 1953  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 15.11.2012  
Vorlage: 0284/S/12**

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Antrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Allmendfeld : Zustimmung**

Ja-Stimmen : 28 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 4 GuD, 2  
FWG, 1 FDP)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 1 (GuD)

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat der Stadt Gernsheim möge im Jahr 2013 eine Ausstellung zum Volksaufstand in der ehemaligen DDR am 17. Juni 1953 anbieten. Diese kann im Stadthaus oder vorzugsweise im Museum der Schöffersstadt präsentiert werden.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Antrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Allmendfeld : Zustimmung**

Ja-Stimmen : 28 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 4 GuD, 2  
FWG,  
1 FDP)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 1 (GuD)

**16 Benutzungsordnung und Entgeltbestimmung für den Vortragsraum im Schöffershaus, EG links, Schöffersplatz 1, Gernsheim  
Vorlage: 0265/S/12**

**BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Entwurf einer Benutzungsordnung und Entgeltbestimmung für den Vortragsraum im Schöffershaus, EG links, Schöffersplatz 1, 64579 Gernsheim, in der vorliegenden Fassung als Satzung.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

**17 Verwaltungskostensatzung der Schöffersstadt Gernsheim  
Vorlage: 0274/S/12**

**BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Verwaltungskostensatzung der Schöffersstadt Gernsheim in der beiliegenden Fassung zu. Die Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Zugleich treten die Verwaltungskostensatzungen in den Fassungen vom 5. Mai 2010 und 30.3.2007 außer Kraft.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 21 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 GuD)  
Nein-Stimmen : 8 (4 SPD, 2 FWG, 1 FDP, 1 GuD)  
Enthaltung : -

**18 Fahrten zu einem Hallenbad**  
**hier: Prüfantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012**  
**Vorlage: 0294/S/12**

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat um Prüfung, in wie weit es möglich ist, die Fahrten zum Hallenbad nicht seitens der Schöfferstadt Gernsheim anzubieten. Stattdessen soll ein Verein (z. B. TSV oder Förderverein Hallenbad) dieses Angebot für Gernsheimer Bürger vorhalten. Dem Verein sind von der Stadt die entstandenen Kosten zu erstatten.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

**19 Überarbeitung der Gebührensatzung für die Grillhütte**  
**hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012**  
**Vorlage: 0295/S/12**

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Überarbeitung der Gebührensatzung für die Grillhütte

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat die Gebührensatzung für die Nutzung der Grillhütte im Jahr 2013 zu überarbeiten.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 24 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 2 FWG, 1 FDP)  
Nein-Stimmen : 5 (GuD)  
Enthaltung : -

**20 Überarbeitung der Gebührensatzung für die Stadthalle**  
**hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012**  
**Vorlage: 0296/S/12**

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

### **Überarbeitung der Gebührensatzung für die Stadthalle**

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat die Gebührensatzung für die Stadthalle im Jahr 2013 zu überarbeiten.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 24 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 SPD, 2 FWG, 1 FDP)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 5 (GuD)

### **21 Teilnahme Stadtbibliothek an "Onleihe" hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 30.10.2012 Vorlage: 0262/S/12**

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat möge prüfen, ob sich die Stadtbücherei Gernsheim an „Onleihe“ beteiligen kann. Hierbei handelt es sich um die Möglichkeit Hörbücher, Musik, E-Books, E-Paper usw. online auszuleihen. Nutzer könnten alle Inhaber eines Leseausweises der Stadtbücherei Gernsheim sein, was für diese ein weiterer Service wäre. Dies soll möglichst kostengünstig sein und in enger Absprache mit dem Team der Stadtbücherei erfolgen.

Der Antrag wurde seitens der Antragsteller im Haupt- und Finanzausschuss am 04.12.2012 nach den Ausführungen des Bürgermeisters als erledigt erklärt.

### **22 Neufassung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Ausschüsse und die Ortsbeiräte der Schöfferstadt Gernsheim Vorlage: 0298/S/12**

Die Beschlussfassung über die Neufassung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Ausschüsse und die Ortsbeiräte der Schöfferstadt Gernsheim wird in die Januar-Runde 2013 verschoben.

### **23 Anfragen**

Für die heutige Sitzung liegen keine Anfragen vor.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Für die CDU-Fraktion

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Für die Fraktion GuD

Für die SPD-Fraktion

Für die FWG-Fraktion

Für die FDP

Schritfführerin